

Der Staat und die Wirtschaft

Deutschlands Wirtschaftsordnung heißt Soziale Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich aus der Freien Marktwirtschaft entwickelt. In einer Freien Marktwirtschaft gibt es einen freien Markt, auf dem Anbieter und Käufer ohne staatliche Eingriffe frei handeln können. Das ist der Grundsatz von Angebot und Nachfrage: Jeder kann kaufen oder verkaufen, was er möchte, zu welchem Preis und zu welcher Qualität. Es gibt keine staatlichen Vorschriften, der Markt soll sich selbst regulieren. In einer Sozialen Marktwirtschaft wie in Deutschland greift der Staat dagegen ein, um größere soziale Ungerechtigkeit zu vermeiden. Zum Beispiel können Beschäftigte nicht von heute auf morgen entlassen werden, es gibt einen gesetzlichen Kündigungsschutz. Wird jemand arbeitslos, kann er Arbeitslosengeld bekommen.

Wie weit soll oder darf der Staat die Konjunktur steuern?

Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört auch eine Politik, die gezielt die wirtschaftliche Entwicklung (auch: Konjunktur) fördert. Die Konjunktur unterliegt Schwankungen: Befindet sich die wirtschaftliche Entwicklung im Aufschwung, steigt die Nachfrage der Verbraucher nach Gütern und Dienstleistungen. Die Unternehmen produzieren mehr und erwirtschaften Gewinne. In der Folge werden mehr Arbeitskräfte eingestellt und höhere Gehälter gezahlt; die privaten Haushalte haben mehr Geld zum Ausgeben und kurbeln die Nachfrage und damit das Wirtschaftswachstum erneut an (auch: Boom).

Im Abschwung dagegen sinkt die Nachfrage und es wird weniger produziert. Unternehmen müssen Arbeitskräfte entlassen, die Arbeitslosigkeit steigt und die privaten Haushalte haben weniger Geld. Die Nachfrage sinkt weiter und damit auch das Wirtschaftswachstum (auch: Rezession, Rückgang).

Unsere staatliche Wirtschaftspolitik soll Wachstum und Beschäftigung sichern. Über dieses Ziel sind sich die Parteien einig. Aber der Weg dahin ist strittig: Wie weit soll der Staat in die Konjunktur eingreifen? Oder verhindern staatliche Eingriffe sogar eine positive Entwicklung?

Nachfrage- oder Angebotspolitik?

Die Befürworter der Nachfragepolitik meinen:

Weil im Abschwung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sinkt, muss der Staat aktiv in die Konjunktur eingreifen und die Nachfrage unterstützen: Der Staat soll mehr Geld investieren, zum

Beispiel in den Ausbau von Straßen, öffentlichen Gebäuden oder Bildung. Ein anderer Weg wäre: Der Staat senkt Steuern, damit die privaten Haushalte und Unternehmen ihren Verbrauch beziehungsweise ihre Investitionen und damit die Nachfrage steigern können. Die Schulden, die der Staat dafür machen muss, können in Phasen des Aufschwungs wieder zurückgezahlt werden.

Die Befürworter der Angebotspolitik setzen dagegen:

Staatliche Eingriffe in die Konjunktur wirken nur kurzfristig. Der Staat soll den Unternehmen stattdessen günstigere wirtschaftliche Rahmenbedingungen anbieten, zum Beispiel Steuererleichterungen und den Abbau von hinderlichen Gesetzen. So entstehen für die Unternehmen mehr Anreize am Standort Deutschland zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen.

[Aufgaben]

1. Was heißt „Soziale Marktwirtschaft“? Begründen Sie, warum zur „Sozialen Marktwirtschaft“ auch die gezielte Förderung der Konjunktur gehört. Grenzen Sie die Soziale Marktwirtschaft von der Freien Marktwirtschaft ab, und beschreiben Sie die Bedeutung der sozialen Elemente für die Gesellschaft und die Wirtschaft.
2. Kreuzen Sie in der Tabelle an, welche Argumente pro und kontra Staatseingriffe in die Wirtschaft sind. Welche Position entspricht mehr der Nachfrage- beziehungsweise Angebotspolitik?
3. Der Sachverständigenrat zu Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (auch: die fünf Wirtschaftsweisen) berät die Bundesregierung in wirtschaftspolitischen Fragen. Spielen Sie eine Sitzung des Rats als Pro- und Kontra-Debatte nach. Thema: Soll der Staat die Konjunktur durch direkte Eingriffe steuern? Zwei Weise befürworten stärker die Nachfragepolitik, zwei die Angebotspolitik und ein Weiser ist neutral. Am Ende der Debatte wird über die Entscheidung im Rat (und in der Klasse) abgestimmt.

[Informationen im Internet]

- Konjunktur und Konjunkturpolitik, Themenblätter im Unterricht: www.bpb.de
- Die fünf Wirtschaftsweisen online: www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de
- Lexikon „Hanisauland“: www.hanisauland.de

Soll der Staat die Konjunktur durch direkte Eingriffe steuern?

Argument

	Pro	Kontra
Der Staat muss mehr Geld für Zukunftsbereiche ausgeben, wie zum Beispiel Forschung: Zukunftstechnologien schaffen auch neue Arbeitsplätze.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ohne staatliche Eingriffe verschlechtert sich die wirtschaftliche Situation in Krisenzeiten. Der Sozialstaat muss die sozial Schwachen unterstützen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wenn der Staat in die wirtschaftliche Entwicklung eingreift, werden die konjunkturellen Schwankungen noch größer.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zusätzliche Staatsausgaben hemmen die Eigeninitiative. Die Menschen warten auf den Staat, statt selbst zu handeln.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nicht die Nachfrage ist das Problem. Der Staat muss Unternehmen steuerlich entlasten und bürokratische Vorschriften abbauen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mehr Staatsausgaben müssen finanziert werden. Wenn der Staat dafür Kredite aufnimmt, erhöhen sich die Staatsschulden noch mehr.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wenn die Wirtschaft wieder wächst, können die Kredite für zusätzliche Staatsausgaben getilgt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mehr staatliche Investitionen erhöhen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Das sichert Wachstum und Beschäftigung.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>